

Parteiprogramm Junge Grüne

**Letzter Teil zuhanden der MV vom 18.
Januar 2019**

Fiskalpolitik

Steuern sind die Grundlage für die finanzielle Handlungsfähigkeit eines Staates. Die Höhe der Steuern muss daher den öffentlichen Ausgaben und dem Bedarf der ansässigen Bevölkerung angepasst werden. Steuern haben erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft eines Landes, aber auch auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Gestaltung des Steuersystems muss daher einfach, rückverteilerbar, gerecht und ohne Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Erfolgs sein. Im Interesse von Gerechtigkeit und Umverteilung müssen auch Unternehmensvermögen und -gewinne besteuert werden. Aus Umweltgründen sollte es Lenkungsabgaben sowie Verbote geben. Der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb ist schädlich, da er zu einem Aufwärtsrennen führt, welches den Staat als großen Verlierer zurücklässt. Der Steuerwettbewerb muss daher gestoppt werden.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Abschaffung der Mehrwertsteuer, und derer Ersatz durch eine Steuer auf graue Energie
- Eine CO₂-Abgabe
- Eine nationale Erbschaftssteuer in Höhe von 100% mit Freibetrag
- Die Erhöhung der Steuerprogression bei hohen Einkommen
- Die Erhöhung der Vermögenssteuer
- Die Trennung von Arbeits- und Finanzerträgen und höhere Besteuerung von Finanzerträgen
- Eine Mikrosteuer auf grosse Transaktionen
- Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für internationale Unternehmen
- Die Erhöhung der Mindeststeuersätze in den Kantonen
- Vereinfachte und reduzierte Steuerabzüge
- Dass die Steuererklärung freiwillig und durch eine Quellensteuer, welche direkt auf das Einkommen erhoben wird, ersetzt wird

Ökologischer Umbau der Wirtschaft

Unsere neoliberale Marktwirtschaft mit ihrer Wachstums- und Profitlogik führt zu massiven Problemen für unsere Umwelt. Damit Klima und Ökosysteme auch in Zukunft intakt bleiben, müssen wir die Art und Weise, wie wir Waren produzieren, drastisch ändern. Die Schweiz muss auf fossile Brennstoffe verzichten und ihren ökologischen Fussabdruck auf einen Planeten oder noch weniger reduzieren. Der Markt in seiner heutigen Form ist nicht in der Lage, diese ökologische Transformation zu erreichen: Anreize sind nützlich, aber werden nicht ausreichen, um in der kurzen verbleibenden Zeit die globale Produktion nachhaltig zu gestalten. Gefragt ist eine aktive Industriepolitik, die dazu beiträgt, ganze Wertschöpfungsketten im Bereich der nachhaltigen Technologien aufzubauen und zu stärken. Zudem braucht es eine aktive und interregionale Planung, um den Teufelskreis von Mobilität, Zersiedelung, Energieverbrauch und Emissionen zu durchbrechen. Darüber hinaus müssen im Interesse der Green Economy die Rohstoffkreisläufe geschlossen werden (Kreislaufwirtschaft).

Längerfristig wird die Erhaltung einer intakten Umwelt nur mit einem grundsätzlichen Umbau unserer Wirtschaft zu schaffen sein. Ökologische Fortschritte durch Effizienzsteigerung und emissionsärmere Produktion, werden in einem wachstumsgetriebenen System durch immer mehr Konsum und Verbrauch zunichte gemacht. Unsere Gesetzgebung muss darum auf Suffizienz ausgerichtet sein. Zudem brauchen wir eine demokratische Kontrolle über die Wirtschaft, um gewisse Teile von der Wachstums- und Profitlogik zu entkoppeln. System change not climate change!

Die Jungen Grünen fordern:

- Die längerfristige Demokratisierung gewisser Industrien, Dienstleistungen und Güter sowie aller nicht-erneuerbaren Ressourcen
- Die Förderung von umweltfreundlichen Technologien, in der Forschung, sowie in der Produktion und im Vertrieb

- Lenkungsabgaben auf umweltschädliches Verhalten
- Dass die offizielle Schweiz sich für low-tech CO₂-Abscheidungstechnologien (Aufforstung, Kalkung, Pflanzenkohle) einsetzt. Diese Technologien können nicht patentiert werden, sondern müssen öffentliche Güter bleiben
- Anreizsysteme wie Lenkungsabgaben und Subventionen, um den Bedarf an Energie, Raum und Mobilität zu reduzieren
- Öffentliche Investitionen in Bereiche, die für die ökologische Umstrukturierung wichtig sind, aber vom privaten Sektor aufgrund mangelnder Rentabilität nicht bearbeitet werden
- Die Schliessung aller Kreisläufe nicht-erneuerbarer Ressourcen durch eine massive Steigerung der Recycling-Quote und mehr Wiederverwertung
- Eine Bevorzugung von Materialien mit besserer Umweltbilanz bei Verpackungen
- Die Förderung einer effektiven Raumordnung und Verkehrssteuerung, um den motorisierten Verkehr auf das notwendige Maß zu reduzieren. Dies kann mit elektrischen Geräten erfolgen
- Die Dekarbonisierung der Wirtschaft
- Einen Fonds für den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft
- Eine Steigerung der Reparierbarkeit und Lebensdauer von Konsumgütern

Transparenz

Korruption ist der Missbrauch von Macht zum Zweck von privaten Interessen. Korruption untergräbt den Zusammenhalt der Gesellschaft, schwächt das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und verfälscht die Demokratie. Im internationalen Vergleich ist Korruption in der Schweiz nicht weit verbreitet. Dennoch gibt es Verbesserungspotenzial: So ist beispielsweise die Vetternwirtschaft (Gönnerschaft oder Klientelismus) in der Schweiz sehr verbreitet. Whistleblower, d.h. Menschen, die der Öffentlichkeit Missstände melden, müssen vor negativen Folgen geschützt werden. Transparenz in der Politik ist daher für die Jungen Grünen besonders wichtig, damit Wähler*innen wissen, welche Interessen Politiker*innen oder Parteien (manchmal im Geheimen) vertreten und verfolgen. Darüber hinaus brauchen wir Überwachung, Bildung und angemessene Rechtsvorschriften zu diesem Thema.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass politische Parteien und Kampagnen für Wahlen oder Referenden ihre Grossspenden offenlegen
- Die Offenlegung sämtlicher Einkünfte und Mandate von gewählten Politiker*innen
- Dass alle schweizerischen Ämter und Behörden dem Grundsatz der öffentlichen Transparenz und der Meldepflicht bei Korruptionsfällen unterliegen
- Den Schutz von Whistleblowern vor Entlassung und strafrechtlichen Folgen

Internationales

Diplomatie und internationale Institutionen

Die internationale Zusammenarbeit von Gesellschaften und Staaten ist wichtig. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder bewaffnete Konflikte erfordern eine gemeinsame Vorgehensweise. Internationale Zusammenarbeit findet in zahlreichen formellen internationalen Institutionen, wie auch in Foren von Zivilgesellschaft und/oder Staaten statt. Nichtsdestotrotz haben internationale Institutionen häufig eine Tendenz, für den Status Quo und bestehende Machtinteressen zu arbeiten. Deshalb ist es essenziell, dass die Schweiz ihre Rolle in internationalen Institutionen aktiv auslegt und als progressive Kraft agiert. Dies insbesondere in Bezug auf den Klimawandel, der globalen Gerechtigkeit und Friedensförderung. Institutionen, in welchen «*ein Land = eine Stimme*» gilt, sind informellen Clubs der Mächtigen, wie der G7 und G20, vorzuziehen. So ist auch ein Mitspracherecht von wirtschaftlich schwächer entwickelten Ländern garantiert und ihre Interessen werden nicht übergangen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Eine Förderung des internationalen Austauschs zwischen Städten, Zivilgesellschaften etc.
- Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbots
- Eine unbewaffnete Friedenspolitik und ein Verbot an Teilnahmen in bewaffneten Ausland-Missionen
- Dass der NATO nicht beigetreten wird
- Die Stärkung einer unabhängigen und demokratischen UNO durch die Einführung einer Direktsteuer durch die Mitgliedstaaten und eines demokratisch gewählten Weltparlamentes

Globaler Handel und Freihandel

Globaler Handel kann als Mittel genutzt werden, höhere Umwelt- und Sozialstandards in anderen Ländern einzufordern. Ohne klare Regeln nützt der globale Handel vor allem den Grosskonzernen und vergrössert die weltweite Ungleichheit. Unter dem Freihandel ohne Standards leiden Umweltschutz und faire Arbeitsbedingungen. Gerechte Handelsregeln, einen fairen Wettbewerb, und eine ressourcenschonende Produktion, die Arbeitnehmende schützt, ist zwingend notwendig. Durch eine regionale und nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft werden Arbeitsplätze in der Region geschaffen, überflüssige Transporte vermieden und die natürlichen Ressourcen geschont. Um diese Ziele mit dem globalen Handel vereinbar zu machen, können Schutzzölle erhoben werden oder ökologisch bedenkliche Produkte wie Palmöl von Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Mensch, Tier und Umwelt müssen höher gewichtet werden als Profit und Wirtschaftswachstum.

Die Jungen Grünen fordern:

- Hohe Umwelt- und Tierrechtsstandards auch für importierte Landwirtschaftsprodukte
- Die Produktion von gehandelten Waren und Dienstleistungen unter fairen Arbeitsbedingungen und Löhnen
- Keine Handelsabkommen ohne verbindliche Umweltschutz- und Menschenrechts-Standards mit Kontroll- und Sanktionsmechanismen
- Dass Entwicklungsländer durch Schutzzölle und andere Massnahmen einzelne Wirtschaftsbranchen schützen dürfen, ohne dafür bestraft zu werden
- Ausgebaute Deklarationspflichten: CO₂-Werte für den Transport, Produktionsbedingungen, Impact auf die Umwelt etc.

Internationale Solidarität

In den letzten 100 Jahren hat die globale Ungleichheit stetig zugenommen. Die Menschen in den Industrienationen leben in Wohlstand und Überfluss auf Kosten des globalen Südens. Konzerne der Industriestaaten erzielen riesige Profite, indem sie im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards massiv verletzen. Gleichzeitig geniessen diese in den westlichen Ländern Steuerprivilegien.

Die Jungen Grünen Schweiz wollen eine Welt, in der alle Menschen die gleichen Rechte, Ressourcen und Chancen haben. Dafür braucht es eine grundlegende Umwälzung der globalen Macht- und Kapitalstrukturen. Es braucht eine weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit, welche auch für Schwellen- und Entwicklungsländer funktioniert. Um diesem Ziel näherzukommen, setzen wir uns für gezielte Entwicklungszusammenarbeit, konsequente Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen und die Gerichtsbarkeit von Handlungen Schweizer Konzerne im Ausland ein.

Damit globale Gerechtigkeit erreicht wird, müssen supranational föderalistisch-organisierte und demokratische Institutionen gestärkt werden, welche verbindliches Recht schaffen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass die Schweiz Entwicklungsländer bei der Bewältigung von Klimafolgen unterstützt und einen fixen Prozentsatz vom Bruttonationaleinkommen in die internationale Bekämpfung der Klimakrise investiert
- Internationale Zusammenarbeit für eine verstärkte Demokratisierung der Wirtschaft, um gegen Lohn-, Steuer- und Umweltschutzdumping vorzugehen
- Die Anerkennung der Selbstbestimmungsrechte aller unterdrückten Minderheiten
- Gerichtsbarkeit für in der Schweiz ansässige Konzerne für ihre Handlungen, wie Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden etc. im Ausland

- Eine Erhöhung der Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, mindestens an die UNO-Zielvorgabe (0.7%)
- Ein internationales Steuergesetz für transnationale Konzerne inklusive globalem Mindeststeuersatz
- Die vollständige Erlassung der Schulden von Entwicklungs- und Schwellenländern, sofern diese die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte respektieren und einhalten
- Die Verrechtlichung internationaler Beziehungen, was zur Folge hat, dass sich alle Staaten den Beschlüssen des internationalen Gerichtshofs unterordnen müssen

Migration und Integration

Jeder Mensch hat das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit. Das heisst, ein Mensch darf sich niederlassen, wo er will und hat dort dieselben Rechte und Pflichten wie die bisherigen Bewohner*innen. Länder müssen ihre Grenzen öffnen und dürfen Menschen den Eintritt nicht verweigern.

Leider migrieren viele Menschen nicht freiwillig, sondern werden dazu gezwungen. Die Schweiz ist in der Verantwortung, Faktoren, die zu unfreiwilliger Migration führen, zu bekämpfen. Zudem müssen alle Menschen, die in die Schweiz flüchten, aufgenommen werden. Der Flüchtlingsstatus muss abgeschafft werden.

Menschen, die in die Schweiz geflüchtet sind, müssen hier integriert werden. Der Staat muss ihnen eine Perspektive bieten. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gewährleistet sein. Solange die Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit nicht gewährleistet sind, steht der Staat in der Verantwortung, die Situation der Flüchtenden zu verbessern.

Die Jungen Grünen fordern:

- Sichere Fluchtrouten und dass sich die Schweiz auf internationaler Ebene für diese einsetzt
- Eine Wiedereinführung des Botschaftsasyls
- Einen Ersatz des Dublin-Systems durch einen Verteilschlüssel, bei dem die familiären Umstände berücksichtigt werden
- Die Abschaffung des Status F „Vorläufig aufgenommen“
- Ein vereinfachter Familiennachzug
- Das Recht auf kostenlose Sprachkurse für Menschen mit Migrationshintergrund
- Die Anerkennung von medizinischen Problemen als Fluchtgrund
- Die Wiederanerkennung von Militärdienstverweigerung als Fluchtgrund
- Die Anerkennung der verändernden Klimabedingungen als Fluchtgrund

Militär/Pazifismus

Die Schweiz als wohlhabendes und neutrales Land sollte mit einem guten Beispiel vorangehen und eine pazifistische Politik betreiben. Deshalb soll die Schweiz ihre aktive Neutralität wahren und sich bei Konflikten für eine aktive Friedensförderung einsetzen. Darüber hinaus müssen die Waffenexporte sofort eingestellt werden und ein Finanzierungsverbot von Rüstungskonzernen durch Pensionskassen, die SNB und andere öffentliche Institutionen ausgesprochen werden.

Aus der Sicht der Jungen Grünen schliesst die pazifistische Politik auch mit ein, dass eine Armee in der heutigen Form nicht nötig ist. Es braucht eine Luftpolizei, einen gut ausgebauten Katastrophenschutz und eine Cyberabwehrbehörde. Der Zivildienst als heutige Alternative zum Militärdienst soll durch einen freiwilligen Bürger*innendienst ersetzt werden. Der Bürger*innendienst soll allen volljährigen Bewohner*innen offenstehen und über die Erwerbsersatzordnung finanziert sein.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Abschaffung der Wehrpflicht
- Die Abschaffung der Armee und gleichzeitig die Einführung einer Luftpolizei, einem Katastrophenschutz und einer Cyberabwehrbehörde
- Einen freiwilligen, maximal einjährigen, Bürger*innendienst für alle volljährigen Bewohner*innen
- Ein Verbot der Produktion von Kriegsgütern in der Schweiz
- Ein Finanzierungsverbot von Rüstungskonzernen durch Pensionskassen, die SNB und andere öffentliche Institutionen
- Eine konsequente Friedensförderung und aktive Neutralität

Europäischen Union (EU)

Die Jungen Grünen halten eine enge internationale Zusammenarbeit für sehr wichtig und stehen der EU positiv gegenüber. Als supranationaler Rechts- und Wirtschaftsraum, sichert sie den Frieden in Europa und ermöglicht einen internationalen politischen Diskurs. Viele Probleme können in unserer globalisierten Welt nicht mehr durch einzelne Länder gelöst werden. Dazu gehören unter anderem Migration, Klimaschutz, Steuerwettbewerb, organisierte Kriminalität und Mobilität.

Die Schweiz profitiert wirtschaftlich von der EU. Gleichzeitig befindet sie sich in stetigen Verhandlungen mit der EU. Gesetze und Verordnungen müssen immer wieder neu angepasst werden. Die Jungen Grünen sehen einen EU-Beitritt deshalb als Chance. So kann die Schweiz direkt mitbestimmen. Für einen EU-Beitritt müssten aber folgende Bedingungen gewährleistet sein: Initiativen und Referenden dürfen ihre Macht nicht verlieren, Sozial- und Umweltstandards dürfen nicht gesenkt werden und die Schweiz muss neutral bleiben. Als EU-Mitglied soll sich die Schweiz für bessere Sozial- und Umweltstandards sowie eine verstärkte demokratische Kontrolle des EU-Parlamentes, der EU-Kommission, des EU-Rates und weiteren Behörden durch die Bevölkerung einsetzen.

Die Jungen Grünen fordern:

- Dass das langfristige Ziel der EU-Beitritt ist
- Eine vereinfachte Übernahme von Gesetzen und Verordnungen der EU
- Ein Initiativ- und Referendumsrecht als Instrumente in der EU
- Die Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards in der EU
- Eine verstärkte Wirtschaftsförderung in schwachen Regionen der EU
- Eine gemeinsame Verfassung der EU-Länder
- Eine gesetzgebende Kompetenz für das EU-Parlament
- Kurzfristige Bemühungen der Schweiz an den EU-weiten Lohnschutz Behörden angeschlossen zu werden
- Die Stärkung der Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedsstaaten

